

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 21. August 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verfallungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 96

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

- Arbeitslos:** Zur Frage der Arbeitslosigkeit. — Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1912.
- Das Buchgewerbe im Ausland:** Deutsche Schweiz. — Holland. — Serbien. — Spanien. — Portugal. — Amerika.
- Korrespondenzen:** Augsburg. — Berlin (M.-S.). — Chemnitz. — Essen (Ruhr). — Meß. — Mühlheim a. Ruhr (St. B.).
- Rundschau:** Ferien! — Betriebsunfall. — Von der Generalversammlung des Verbandes der Lithographen und Steindruckere. — Gehet gegen die Schuldenliteratur. — Das Ergebnis des Handwerks- und Gewerbetages. — Die Entschädigung für Schöffen und Geschworene. — Ärzte und Krankenhäuser. — Ein christliches Gewerkschaftsfehl als Geschäftslehre. — Amerikanische Gewerkschaften als Grundbesitzer.
- Abrechnung des Verbandsherausgebers und Protokollauszug** aus den Vorstandssitzungen im ersten Quartale 1913.
- Abrechnung der Zentralinvalidenkasse i. B.** für erstes Quartal 1913.

## □ Zur Frage der Arbeitslosigkeit □

Mehr wie je beschäftigt die Frage der Arbeitslosigkeit gegenwärtig alle interessierten Kreise. Ist sie doch am meisten geeignet, führend in das ganze wirtschaftliche Leben einzugreifen und Beunruhigung selbst in den Schichten der Bevölkerung herorzurufen, die nur indirekt davon betroffen werden. Nun wird ja die Regelung dieser Frage in unserer heutigen Wirtschaftform ein Problem bleiben und erst bei einer endgültigen Änderung dieser eine Lösung erfahren können. Denn selbst die weitgehende Arbeitslosenunterstützung, so notwendig wie sie ist, schafft keine Arbeitsgelegenheit, ohne die aber für die Dauer keine Existenz aufrecht zu erhalten ist. Obwohl also diese Frage eine allgemeine, alle Volksschichten mehr oder weniger berührende ist, bleibt uns nichts anderes übrig, als dieselbe beruflich, d. h. von unserm beruflichen Standpunkt aus zu behandeln.

Da muß denn zunächst gesagt werden, daß die Arbeitslosigkeit bei uns eine Form angenommen hat, die zu den weitgehendsten Befürchtungen Veranlassung gibt, und zwar hauptsächlich dann, wenn man einen Blick über das Gegenwärtige hinweg in die Zukunft wirft. Je größer das Meer der Arbeitslosen, desto unsicherer ist natürlich die Existenz jedes einzelnen, und desjenigen, der sich zurzeit noch in gesicherter Stellung glaubt. War die Ursache der Arbeitslosigkeit bisher mehr oder weniger in einem Niedergang der Konjunktur zu suchen, und deshalb immer nur vorübergehend vorübergehender Natur, so scheint hierin eine bedeutende Wendung zum Schlechten eingetreten zu sein. Gewiß ist ein großer Teil der Arbeitslosigkeit auf die erhöhte Einführung und Ausnutzung der Maschinen zurückzuführen, dazu kommt die Ersparnis an Arbeitskräften durch das Stereotypieren von Druckformen, Austausch von Matrizen und Platten und dergleichen mehr. Durch alle diese Verfahren werden Hunderte von Arbeitskräften überflüssig, und es ist nur zu erklärlich, daß selbst in Zeiten, in denen von einer Häufung der Druckaufträge berichtet wird, von einer bedeutenden Abnahme der Arbeitslosenziffer nichts zu merken ist. Es scheint also, als ob die Arbeitslosigkeit in unserm Berufe nicht mehr von dem Stande der Konjunktur merklich beeinflusst wird. Daß dies so ist, geht aus einem Vergleiche der arbeitslosen Tage mit den Arbeitstagen innerhalb der letzten zehn Jahre in Breslau hervor. Nach diesem ist in den Jahren 1903 bis 1912 die Zahl der Mitglieder von 570 auf 908, also um annähernd 60 Proz., gestiegen. Da die Zunahme an Mitgliedern fast ausschließlich aus den ausgeserkerten Kollegen besteht, so kam von einer Zunahme an Arbeitskräften um 60 Proz. gesprochen werden. Die Anzahl der Beiträge stieg im gleichen Zeitraum von 25293 auf 41729, was eine erhöhten Arbeitsgelegenheit von etwa 65 Proz., gleichkommt. Die Arbeitslosigkeit (arbeitslose und Krankentage zusammengezählt) vermehrte sich von 25485 auf 31185 Tage, das sind ungefähr 20 Proz. Wir sehen also, daß die Arbeitslosigkeit trotz vermehrter Arbeitsgelegenheit gewachsen ist, und zwar nicht nur vorübergehend, sondern mit kurzen Unterbrechungen in ziemlich gleichmäßiger Weise. Wir müssen demnach die Ursache in einer ungesunden Zunahme an Arbeitskräften im Verhältnis zur Arbeitsgelegenheit, in einer allgemeinen Überfüllung des Berufs suchen. Sind wir zu dieser Überzeugung gekommen, so kann ein Ausgleich nur in einer verminderten Zuführung von Arbeitskräften in den Buchdruckerberuf erfolgen, was bei einigem guten Willen der Prinzipale sehr leicht möglich wäre, vorausgesetzt, daß es ihnen mit ihrer Versicherung, zur Milderung der Arbeitslosigkeit beizutragen, ernst ist. Nach dem letzten Handels-

hammerberichte sind in Breslau bei 930 Sehern, Druckern und Stereotypen 190 Lehrlinge vorhanden, wovon ein Drittel auf die fünf größten Betriebe kommt. Da in den großen Betrieben selbstverständlicherweise mit der größtmöglichen Ausnutzung aller technischen und maschinellen Einrichtungen gearbeitet wird, worin doch gerade die Ursache der größeren Arbeitslosigkeit liegt, so wäre eine Einschränkung der Lehrlingszahl in den großen Betrieben ohne Schaden für diese und im Interesse des Gewerbes ganz auf möglich. Dazu kommt, daß nach dem Handelsammerberichte die Mehrzahl der Arbeitskräfte die Herstellung von Tageszeitungen und Zeitschriften in Anspruch nimmt, also noch mit für solche Betriebe oft unvermeidlichen Überstunden gerechnet werden muß und daß die auf das Zeitungspersonal berechneten Lehrlinge in der verhältnismäßig geringeren Abzinsung nicht immer die für die späteren Anforderungen nötige Ausbildung erhalten können.

Unter Berücksichtigung der angeführten Punkte würde es jedenfalls von einem sozialen Standpunkte der Prinzipale nicht zeugen, wenn entgegen dem Bestreben der Gehilfen, der Arbeitslosigkeit zu wehren, die Prinzipale in der Ausnützung der Lehrlingszahl bis an die äußerste Grenze des Zulässigen gingen und dadurch die Überfüllung des Berufs weiter fördern würden, wo doch die vermehrten maschinellen Betriebsmöglichkeiten trotz der voraussetzlichen Entwicklung des Buchdruckgewerbes die weitere Verdrängung ungeschützter Arbeitskräfte zur Folge haben muß. Die Frage der Arbeitslosigkeit ist die brennendste für uns, und es ist unsre ganz selbstverständliche Pflicht, daß wir alles daran setzen, um eine Regelung dieser unsrer Existenzfrage herbeizuführen. Es wird sich zeigen, inwieweit wir dabei auf das Verständnis der Prinzipale rechnen können.

Breslau.

II-1

## Die deutschen Arbeitersekretariate

□□□□□□ im Jahre 1912 □□□□□□

Die Statistik der Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen für das Jahr 1912 bietet nach der von der Generalkommission gegebenen Darstellung das gewohnte erfreuliche Bild stetiger Vorwärtseentwicklung. Die Zahl der Auskunftsuchenden und der erteilten Auskünfte stieg wiederum erheblich. An drei Orten wurden die bestehenden Auskunftsstellen in Sekretariate umgewandelt. Die Sekretariate Barmen und Elberfeld haben sich vereinigt. Ein Sekretariat wird nicht mehr als solches, sondern als Auskunftsstelle geführt, so daß der Bericht mit 120 Sekretariaten gegen 119 im Vorjahr abschließt. 43 Sekretariate haben Nebentstellen eingerichtet, halten also an mehr als einer Stelle Sprechstunden ab.

Die Entwicklung der Sekretariate als ureigene Einrichtungen der freien Gewerkschaften, von diesen unterhalten und der alleinigen Kontrolle derselben unterstellt, nimmt ständig seinen Fortgang. Der Anteil der Sekretariate, welche den Kartellen unterstanden und von diesen verwaltet wurden, betrug 1909 46 Proz., stieg 1910 auf 50, 1911 auf 52 und betrug 1912 fast 56 Proz. aller Sekretariate, ausschließlich derjenigen, welche dem Bergarbeiterverband oder der Generalkommission unterstanden. Für 37 Sekretariate bestand eine besondere Verwaltungskommission. 12 Sekretariate verwalte der Bergarbeiterverband.

Die an Zahl umfangreichste Tätigkeit der Sekretariate, die Auskunftserteilung, geschiedt in 86 Sekretariaten an alle Auskunftsuchenden, die sich an das Sekretariat wenden. Der andre Teil der Sekretariate beschränkt den Kreis der Personen, welchen Auskunft erteilt oder weitere Rechtshilfe gewährt wird, auf Organisierte, deren Angehörige oder Nichtorganisationsfähige.

Vertretung vor Gerichten wird von 107 Sekretariaten, also fast von allen, übernommen. Von den verbleibenden 13 Sekretariaten übernehmen persönliche Vertretung zwei in Ausnahmefällen. Auch da, wo persönliche Vertretungen nicht übernommen werden können, werden Vertretungen vor dem Reichsversicherungsamt dem Zentralarbeitersekretariat übertragen.

Aber Nichtzulassung zur Vertretung berichten 3, über Vernehmungen, Strafmandate auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung und Anklagen 6 Sekretariate. Eine Bestrafung oder Beurteilung erfolgte nur in einem Falle wegen Beleidigung eines Gelben zu einem Monate Gefängnis. In den andern Fällen war Zurücknahme des Strafmandats, Vergleich, Einstellung des Verfahrens oder

Freispruch das Resultat behördlicher und staatsanwaltschaftlicher Fürsorge.

Die Übermittlung von Beschwerden übernehmen 115 Sekretariate. Statistiken fertigen 75 Sekretariate an. Agitation oder andre gewerkschaftliche Arbeiten erleben 84 Sekretariate.

Von 167363 auf 672499 stieg in den 12 Jahren, für welche Berichte vorliegen, die Zahl der Auskunftsuchenden, welche sich an die Sekretariate wandten, eine Steigerung von 301,8 Proz. Die Steigerung des letzten Jahres mit 7,25 Proz. reißt sich würdig den Vorjahren an. Von den insgesamt 672499 Auskunftsuchenden des letzten Jahres waren 636815 oder 94,7 Proz. aller Auskunftsuchenden Arbeiter oder Angehörige von solchen. 33169 waren selbstständige Handwerker, selbständige Gewerbetreibende, Arbeitgeber oder sonst Angehörige anderer sozialer Stände. Diese Ziffer weist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 2319 auf, sie stieg also um 7,52 Proz. Auch die Zahl der Fälle, in welchen sich Behörden, Vereine oder Korporationen an die Sekretariate wandten, ist gestiegen, und zwar von 2223 auf 2515. Gewerkschaftlichen Organisationen gehören von den Auskunftsuchenden 484628 Personen an; 72,3 Proz. aller Personen, welche sich an die Sekretariate wandten. Von den gewerkschaftlich organisierten Auskunftsuchenden gehörten 2297 Organisationen an, welche nicht der Generalkommission angeschlossen sind, auch zur Unterhaltung der Sekretariate nicht beisteuern.

Die Zahl der erteilten Auskünfte stieg in den 12 Jahren von 1901 bis 1912 von 173548 auf 706788, also um 307,3 Proz. Die Zunahme des letzten Jahres betrug 47830, was einer Steigerung um 7,26 Proz. gleichkommt. Von allen Auskünften wurden 670414 mündlich, 36374 = 5,15 Proz. der Gesamtheit mündlich schriftlich erteilt werden. Die Anzahl der angefertigten Schriftsätze stieg wiederum erheblich, und zwar von 150050 auf 174998, also um 16,62 Proz.

Von den erteilten Auskünften entfielen auf Arbeiterversicherung und bürgerliches Recht 60,4 Proz. aller erteilten Auskünfte.

Bürgerliches Recht mit 216766 erteilten Auskünften = 30,7 Proz. der Gesamtheit steht an erster Stelle, ihm folgt die Arbeiterversicherung mit 209971 = 29,7 Proz. Von den auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung liegenden Auskünften entfielen auf die Unfallversicherung 121402 = 57,8 Proz., auf Krankenversicherung 37759 = 18,0 Proz., auf Knappschaftswesen 5270 = 2,5 Proz., auf Invalidenversicherung 45540 = 21,7 Proz. Unter letzteren befinden sich die Auskünfte, welche die Privatangelegtenversicherung betrafen, mit 670 erteilten Auskünften. An dritter Stelle folgen Gemeinde- und Staatsangelegenheiten mit 103488 = 14,6 Proz. der erteilten Auskünfte. Alsdann Arbeits- und Dienstvertrag mit 97692 = 13,8 Proz. Auf das Gebiet Strafrecht entfielen 45571 = 6,4 Proz. der erteilten Auskünfte, auf die Privatversicherung 8785 = 1,2 Proz. Von den noch verbleibenden Auskünften entfielen auf die Arbeiterbewegung 6575 = 0,9 Proz., auf Handels- und Gewerbetagen 4718 = 0,7 Proz., Vereins- und Vermögensrecht 2145 = 0,8 Proz. und auf Sonstiges 11077 = 1,6 Proz.

Von den 174998 im Jahre 1912 angefertigten Schriftsätzen betrafen 32,6 Proz., also 57058, die Arbeiterversicherung, wie auch in den Vorjahren der Hauptteil aller Schriftsätze. Gemeinde- und Staatsangelegenheiten betrafen 20,4 Prozent = 35737, 15,3 = 26819 betrafen Bürgerliches Recht, 9,7 = 17060 den Arbeits- und Dienstvertrag, 5,1 = 8982 Strafrecht und 7,5 = 13200 betrafen sonstige Sachen.

Die Zahl der von den Sekretariaten 1912 wahrgenommenen persönlichen Vertretungen betrug 6417. Davon wurde der größte Teil, und zwar 4065, vor dem Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung wahrgenommen. 108 Sekretariate, für welche Angaben über Einnahmen und Ausgaben vorliegen, verzeichneten 607115 Mk., welcher Einnahme eine Ausgabe von 575392 Mk. gegenübersteht. Die nachgewiesene Gesamteinnahme stieg gegen das Vorjahr um 50742 Mk., die Gesamtausgabe um 62474 Mk.

Von den Gesamteinnahmen wurden 81,79 Proz. von den Kartellen und beteiligten Organisationen aufgebracht. Nur 15,05 Proz. der Gesamteinnahmen stammten aus besonderen Beiträgen der Mitglieder.

Wie bei den Sekretariaten haben auch bei den Auskunftsstellen die Frequenzziffern eine abermalige Zunahme aufzuweisen. Die Zahl der vorhandenen Auskunftsstellen stieg von 198 auf 211. Die Zahl der erteilten Auskünfte weist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 9,30 Prozent auf. Noch stärker trifft die Vorwärtseentwicklung

bei den persönlichen Vertretungen und angefertigten Schriftsätzen in Erscheinung. Die angefertigten Schriftsätze liegen von 15579 auf 18748, also um 3169 = 20,34 Proz. Persönliche Vertretungen wurden von den Aushkunftstellen 994, gegen 872 im Vorjahre, wahrgenommen, 122 = 13,99 Prozent mehr als im Vorjahre. Der größere Teil der Aushkunftstellen erteilt unentgeltliche Aushkunft an alle Aushkunftsuchenden. 178 Aushkunftstellen üben im Jahre 1912 diese Praxis.

Von den insgesamt 51772 von 195 Aushkunftstellen erteilten Aushkünften betrafen 14487 = 27,98 Proz. die Arbeiterversicherung, 7295 = 14,09 Proz. betrafen den Arbeits- und Dienstvertrag, 10095 = 19,50 Proz. Bürgerliches Recht, 7119 = 13,75 Proz. Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 2864 = 5,53 Proz. Strafrecht. Die Arbeiterbewegung betrafen 1674 = 3,23 Proz., Privatversicherung 1113 = 2,15 Proz.; 3380 = 6,53 Proz. waren Aushkünfte, welche andre Angelegenheiten betrafen. Für 3745 = 7,23 Proz. von den Aushkunftstellen erteilte Aushkünfte fehlen nähere Angaben. Insgesamt haben die Aushkunftstellen in den 8 Jahren, für welche Angaben vorliegen, 291340 Aushkünfte erteilt.

Von beiden Einrichtungen zusammen wurden im Jahre 1912 758560 Aushkünfte erteilt.

Die Zunahme der Rechtschiffen der Sekretariate des letzten Jahrs übersteigt die Zunahme der gesamten Rechtschiffen des Jahrs 1910. Diese betrug 47771 Rechtschiffen, während die Sekretariate 1912 allein eine Zunahme von 47830 Rechtschiffen zu verzeichnen hatten. Auch gegenüber den gesamten Rechtschiffen des Jahrs 1911 ist eine Zunahme von 52235 Rechtschiffen eingetreten, wiederum eine höhere Zunahme, als das Jahr 1911 aufzuweisen hatte, welche 49082 Rechtschiffen betrug.

Bei Betrachtung der Gesamtzahlen ist zu beachten, daß mit diesen Zahlen keineswegs eine erschöpfende Darstellung der gesamten von den Organisationen der Arbeiterschaft geleisteten Rechtschiffen gegeben ist. Eine erhebliche Anzahl von Ortsverwaltungen und auch eine Anzahl von Zentralvorständen gab Aushkünfte und gewährte Rechtschiffe, deren Umfang sich kaum abschätzen läßt. Eine Tätigkeit und Leistung, die sicher so umfangreich sind, daß sie die vorstehenden Zahlen um ein erhebliches hinausschnellen würden. Allein aus der Summe, welche für diese Zwecke von den Verbänden 1912 für Rechtschutz an Mitglieder gewährt und verausgabt wurde, läßt sich eine umfangreiche Leistung ermessen. 399470 Mk. wurden 1912 von den Verbänden für diesen Zweck verausgabt.

Aber die gesamte Rechtsberatung der minderbemittelten Bevölkerung veranlaßt das Kaiserliche Statistische Amt seit dem Jahre 1909 Erhebungen. Die Erhebung für das Jahr 1912 berichtet über 916 Rechtschiffstellen, welche zusammen 1841364 Aushkünfte im Berichtsjahr erteilt haben. Schriftsätze wurden 468028 angefertigt, 17580 persönliche Vertretungen werden angegeben.

Während der Gesamtzunahme an erteilten Aushkünften von 157824 entstanden unter Zugrundelegung der Zahlen des Statistischen Amtes auf die Einrichtungen der Verbände allein 52040. Wird die Zahl der Aushkünfte der Privatangelegenheitenverbände bei der Zunahme ausgeschlossen, da für diese im Vorjahre keine Angaben vorliegen, so macht die auf die Einrichtungen der Verbände allein entfallende Zunahme 52,50 Proz. der Gesamtzunahme aus. Noch stärker tritt die beherrschende Position der Rechtschiffeneinrichtungen der Zentralverbände bei der Zunahme der angefertigten Schriftsätze in Erscheinung. Die Gesamtzunahme beträgt hier 31791, wovon auf die Einrichtungen der Verbände allein 27994 entfallen. Werden auch hier die Ziffern der Privatangelegenheitenverbände ausgeschlossen, so beträgt der Anteil der Rechtschiffeneinrichtungen der Verbände an der Gesamtzunahme der angefertigten Schriftsätze 91,87 Proz.

Gemeindliche und staatliche Rechtsaushkunftstellen berichteten 119 über 337071 erteilte Aushkünfte und 57563 angefertigte Schriftsätze. 712 persönliche Vertretungen haben diese Rechtschiffstellen 1912 wahrgenommen.

Rechtschiffstellen gemeinnütziger Vereinigungen haben 32 über 194292 erteilte Aushkünfte, 36016 angefertigte Schriftsätze und 633 wahrgenommene persönliche Vertretungen berichtet.

93 Rechtsaushkunftstellen für Frauen haben 45485 Aushkünfte erteilt, 8859 Schriftsätze angefertigt und 213 persönliche Vertretungen wahrgenommen.

Von den Rechtschiffstellen der Kirch- und Wanderversen Gewerksvereine berichteten 55 über 58365 erteilte Aushkünfte, 11185 angefertigte Schriftsätze und 873 persönliche Vertretungen.

Der von den christlichen Gewerkschaften erteilte Rechtschutz weilt gegen das Vorjahr einen Rückgang auf. Obwohl für 1912 von einer Organisation mehr berichtet wird als 1911, 55 gegen 54, gingen die erteilten Aushkünfte von 40773 auf 40056 und die angefertigten Schriftsätze von 23614 auf 22490 zurück. Ist der Rückgang auch nicht erheblich, so fällt er doch in einer Zeit allgemeiner Entwicklung ins Gewicht.

Den gleichen „Entwicklungsgang“ gingen 1912 die konfessionellen Rechtsaushkunftstellen. Während 1911 19 evangelische Rechtsaushkunftstellen über 32268 erteilte Aushkünfte und 14520 angefertigte Schriftsätze berichteten, mußten sich 1912 23 evangelische Rechtsaushkunftstellen mit 30838 erteilten Aushkünften und 13434 angefertigten Schriftsätzen begnügen. Persönliche Vertretungen haben diese Rechtsaushkunftstellen 1912 504 wahrgenommen. Katholische Rechtsaushkunftstellen haben 1911 128 über 264063 erteilte Aushkünfte und 109096 angefertigte Schriftsätze berichtet, 1912 122 dieser Einrichtungen über 135638 erteilte Aushkünfte, 90713 angefertigte Schriftsätze und 3880 wahrgenommene persönliche Vertretungen.

Von den polnischen Berufsvereinigungen berichteten 1912 8 über 21081 erteilte Aushkünfte, 12224 an-

gefertigte Schriftsätze und 1235 wahrgenommene persönliche Vertretungen.

Was unter der Gruppe Rechtsaushkunftstellen sonstiger Arbeitervereinigungen gezählt ist, entbehrt jeder Bedeutung. Die Ziffern dieser meist gelben Organisationen fanden zur Gesamtheit schon 1911 kaum in einem nennenswerten Verhältnis und sind 1912 noch mehr zurückgegangen, so daß ihr vollständiges Verschwinden keine Rüge hinterlassen würde. 6 Organisationen berichteten 1911 über 4566 erteilte Aushkünfte und 2019 angefertigte Schriftsätze. 1912 gingen die Zahlen dieser Organisationen auf 3166 erteilte Aushkünfte und 1516 angefertigte Schriftsätze zurück. 388 persönliche Vertretungen werden angegeben.

Rechtsaushkunftstellen von Arbeitgebern waren 9 vorhanden. Diese erteilen nur an Werkangehörige Aushkünfte. Sie berichteten über 12461 erteilte Aushkünfte, 5017 angefertigte Schriftsätze und 11 persönliche Vertretungen.

In der Gruppe Rechtsaushkunftstellen politischer Vereinigungen wurden 32 mit 33732 erteilten Aushkünften, 14463 angefertigten Schriftsätzen und 522 persönlichen Vertretungen gezählt.

Rechtsaushkunftstellen ländlicher Genossenschaften haben im Berichtsjahre 9 über 17056 erteilte Aushkünfte, 584 angefertigte Schriftsätze und 38 persönliche Vertretungen berichtet.

## Das Buchgewerbe im Auslande

**Deutsche Schweiz.** Die 25. Generalversammlung des schweizerischen Buchdruckmaschinenmeißerverbandes in Olten wies einen sehr zahlreichen Besuch auf. Vertreten waren u. a. das Zentralkomitee des Typographenbundes, ferner einige deutsche Maschinenmeißervereine. Die Verhandlungen betrafen in der Hauptsache interne Angelegenheiten. Der Vorort verbleibt in Bern, ebenso bleibt Biel-Solothurn Ort der Revisionskommission. Die nächstjährige Generalversammlung findet in Bern anlässlich der schweizerischen Landesausstellung statt. Der Verband zählt jetzt 456 Mitglieder, der Zuwachs im letzten Jahre betrug 54. Das Vermögen betrug Ende des Berichtsjahrs 2784 Fr.

Die Arbeitslosigkeit grassiert gegenwärtig auch im schweizerischen Typographenbund in unheimlicher Weise. Selbst an Wägen, die in sonstigen Jahren selten Konditionslose aufweisen, sind jetzt eine ganze Anzahl solcher anzutreffen. Dazu scheint sich die Konjunktur eher noch zu verschlechtern, fast zu verbessern. Ein böses Zeichen für den kommenden Winter.

**Holland.** Nach der Publikation des Tarifentwurfs durch den Prinzipalsverein, laufen aus Gesellenkreisen von allen Seiten Proteste dagegen beim Vorstände des Allgemeinen Typographenbundes ein. Das Gleiche, sehr willkommen ist; denn je mehr der Hauptvorstand des Gesellenverbandes in dieser Beziehung den herrschenden Geist in den einzelnen Abteilungen kennen lernt, desto besser kann er sich ein Urteil über den Entwurf der Prinzipale erlauben. Unter den Beschwerden finden sich auch Andeutungen, die „das Ding“ einfach ablehnen und sagen, lieber nichts als so etwas. Eine derartige Stellungnahme will uns etwas zu verrieth erscheinen. Vor allen Dingen muß man bei dem Abschluß eines Vertrags die Wünsche beider Kontrahenten berücksichtigen, und wer da denkt, daß alle Wünsche erfüllt werden müßten, der wandelt auf einem Irrwege. Vor allen Dingen muß das Bestreben darauf gerichtet sein, einen einheitlichen Arbeitstag zu erzielen. Schon seit Jahren verlangten die holländischen Gesellen den neunstündigen Arbeitstag; an einigen Stellen ist er auch bereits eingeführt, als Zwischenstadium besteht aber meistens noch ein solcher von 9½ Stunden, und in vielen Städten und Orten beträgt die Arbeitszeit noch 10 Stunden, ganz abgesehen von dem überall dominierenden Überstundenwesen. Um nun die zu letztgenannte Arbeitszeit verurteilten Gesellen ebenfalls an einer Arbeitszeitverkürzung teilnehmen zu lassen, werden sich diejenigen, welche sich in dem Genuß einer 9½stündigen Arbeitszeit befinden, mit dieser Arbeitszeit noch während einer Tarifperiode einverstanden erklären müssen. Ebenso verhält es sich mit den Lohnverhältnissen. Für die Gesellen in größeren Städten kann es nur von Nutzen sein, wenn die Kollegen in den kleineren Druckorten ebenfalls auf die Beine gebracht werden. Der vorgeschlagene Minimallohn wird nur eine teilweise Verbesserung bringen. Die Aufrechnung ist etwa folgende: 18 Cents pro Stunde macht bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 57 Stunden einen Wochenlohn von 10,26 Gulden. Das ist nicht viel, doch im allgemeinen wird in den kleineren Orten noch lange nicht soviel verdient. Durch den Tarifvertrag wird es möglich sein, die Lohnverhältnisse zwischen den älteren und jüngeren Gesellen besser auszugleichen, vorausgesetzt natürlich, daß die Prinzipalität den Vertrag ehrlich aufstellt und einhält. Erst dann wird auch in dieser Beziehung etwas Erprobliches zu erreichen sein. Das „Grafsch Weekblad“ ermahnt die Gesellen, nicht gleich zu sehr in Ekstase zu geraten, sondern die Sache mit Überlegung, ruhig und ernstlich zu beschauen.

Unter den Beschlüssen der diesjährigen Hauptversammlung des Allgemeinen Niederländischen Typographenbundes, welche der Abstimmung unterworfen wurden, befanden sich auch diejenigen auf Angliederung des Typographenverbandes an den Niederländischen Fachverband (Generalcommissie der freien Gewerkschaften) sowie auf Anschluß des Verbandes an das Internationale Buchdruckersekretariat. Der erste Beschluß wurde mit 2121 gegen 916, der zweite mit 2724 gegen 236 Stimmen angenommen. Damit wären endlich auch

die Kollegen Hollands ihren Verpflichtungen gegenüber der internationalen Berufssolidarität nachgekommen und zwar mit einer sehr großen Mehrheit.

Vor einiger Zeit berichteten wir, daß sich der Allgemeine Niederländische Typographenbund in Provinzialabteilungen (wie z. B. in Deutschland die Gewerkschaften) einzuteilen gedachte. Das ist nunmehr geschehen. Als Vertreter der einzelnen Provinzvereine wurden gewählt für Noordholland: D. J. Sark (Haarlem); Zuidholland: P. de Bruin (Schiedam); Gelderland: W. Buchel (Nijmegen); Zeeland: Jac. Onderdijk (Middelburg); Utrecht: J. Gerritsen (Utrecht); Overijssel: G. Cakelkenkamp (Enschede); Drenthe: S. E. Smilt (Assen); Groningen: S. v. d. Luit (Groningen); Friesland: A. Bloemhof (Nieuwarden); N.-Brabant: J. Beauchamp (s-Hertogenbosch); Limburg: J. Veldman (Maastricht).

**Serbien.** An die Internationale Gewerkschaftskorrespondenz gelangte ein Bericht aus Belgrad, dem zu entnehmen ist, daß der Präsident der serbischen Buchdruckerorganisation ein Opfer des Balkankriegs geworden ist. In dem erwähnten Berichte heißt es u. a.: „... Vor einigen Tagen kam der Vorsitzende des Federarbeiterverbandes, der auch der Geschäftsführer untrer „Arbeiterzeitung“ ist, als Schwerverwundeter mit einem Transporte vom Kriegsschauplatz zurück. Am nächsten Tag erfuhr wir, daß der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes in der Nacht gefallen ist. Der Sekretär untrer Gewerkschaftskartei geriet in bulgarische Gefangenschaft. Unter den Hubschiffen befindet sich auch die Nachricht vom dem Tode des Redakteurs untrer Parteizeitung. So hält der Tod eine schreckliche Ernte in untrer Kreise, während viele von jenen, die er verschont, zeitlebens Krüppel bleiben werden...“

**Spanien.** Schon im letzten Berichte wurde mitgeteilt, daß die Kollegen in Barcelona ihre darniederliegende Organisation wieder aufrichteten und eine scheinbare Stille dazu benutzten, sich auf einen Vorstoß auf karistischem Gebiete vorzubereiten. Unterdessen ist den Prinzipalen der sorgsam ausgearbeitete Tarifentwurf zur Prüfung unterbreitet worden, dessen Hauptbestandteil in einer Arbeitszeitverkürzung gipfelt. Durch die Ablehnung seitens der Arbeitgeber kam es zum Streik. Schon in einigen Tagen betrug die Zahl der Streikenden etwa 1500. Die Prinzipale sahen den Dingen mit ziemlicher Ruhe entgegen; genährt durch die Hoffnung, daß der Hunger die Streikenden bald wieder an die Arbeit zurückzwingen würde, denn das erst wieder errichtete Syndikat verfügte über sehr spärliche Mittel. Den bedrängten Kollegen kam dann eine unerwartete Hilfe, die es fertig brachte, die schönen Hoffnungen der Prinzipale zu zerfließen. Der Arbeiterkongressverein von Barcelona gewährte den Streikenden Kredit für die Dauer des Kampfes auf die nötigen Lebensmittel. Durch diese Maßregel sah sich die Prinzipalsorganisation gezwungen, ihren Mitgliederfreiesand zu lassen, die den Kampf fortzusetzen oder die Bedingungen der Arbeitgeber abzuschließen wollten. Ein Teil beackte sich, doch die anderen auf der Basis einer 50stündigen Arbeitswoche zu schließen, und man darf voraussetzen, daß der andre Teil gute Miene zum bösen Spiel machen und nachfolgen wird.

Es ist charakteristisch festzustellen, daß dort, wo Bewegungen zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen stattfinden, den Kollegen auch der Drang zur technischen Verbesserung innewohnt. So haben die Katalanen mit der Gründung eines Instituts der graphischen Künste mit angegeschlossener Fachschule ein schönes Zeugnis ihres Strebens abgelegt. Die spanische Regierung ist nun dem gegebenen Beispiele nachgefolgt und hat durch ein kürzlich erlassenes Dekret die Gründung einer nationalen Schule der graphischen Künste in Madrid in Aussicht gestellt. Mit lobenswerthem Eifer wurden schon die Lehrkräfte, die Lehrzettel und alles was zur muftergültigen Organisation eines solchen Instituts nötig ist, festgesetzt. Erst wenn das technische Niveau der spanischen Kollegen ein höheres sein wird, wird man auch mehr Hoffnungen auf einen positiven Erfolg der Anstrengungen, die Kollegen in der Organisation aufzunehmenschließen, legen dürfen, was bisher, trotz des Eisens einiger Unverzagten, immer wieder scheiterte.

**Portugal.** Nach unregelmäßig und unregelmäßig geführten Verhandlungen scheint sich eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Buchdruckergerbe der Hauptstadt des Landes vorzubereiten. Seit dem letzten Streik in Lissabon konnte von einer Buchdruckerorganisation nicht mehr recht gesprochen werden; das kleine Häufchen, das übrig blieb, konnte, trotz seines guten Willens, nichts vollbringen, was einer Gewerkschaftsarbeit ähnlich sieht. Selbst zu einem kleinen Verbandsorgan reichs nicht aus; in dieser Beziehung dürften die dortigen Kollegen einzig dastehen in Europa. Bekanntlich konnte man sich bei dem letzten Streik über nichts einigen, weder über die Arbeitszeit, noch über einen Tarif oder die Lehrlingskata. Die Prinzipale erkannten keinerlei Organisation an und stellten die Arbeitsverhältnisse ein, die viel verpöchten und wenig hielten. Seit einer Reihe von Jahren machten die Setzer, Drucker, Buchbinder usw. vergebliche Versuche, ein Art Arbeitsreglement einzuführen. Die Engländer ist in den Druckereien Nebenache. Die ganze Industrie krankt an diesen traurigen Verhältnissen. Daß solche Zustände, wenn jede Organisation fehlt, auch für die Prinzipale unvorzuehast sind, das hat ein Teil von ihnen eingesehen, und diese Einsicht führte zu den oben erwähnten Verhandlungen. Aberzeugt von der Notwendigkeit, eine Änderung in Gemeinschaft mit den Arbeitern vorzunehmen, wandten sich einige Prinzipale mit dieser Bitte an die Gesellenchaft, die sofort zur Mittelschritt bereit war. Eine gemischte Kommission von neun Mitgliedern wurde gewählt, sie führt den hoffnungsvollen Namen: „Organisationskommission für die portugiesische Buchindustrie“. Sie hat ihre Tätigkeit be-

rechts aufgenommen. Alle fünf Tage findet eine Sitzung im Lokale der Industriellen statt. Die Basis für ihren Organisationsplan wurde schon festgelegt, er umfasst als Hauptpunkte: Feststellung der allgemeinen Lage in der Buchindustrie; Lohn- und Drucklagentarife; Minimum der Löhne; Regelung der Lehrlingsfrage; Beschäftigung von organisierten Arbeitern in den Druckereien; Gründung von Fachschulen; Veranstaltung von Wettbewerben, Konferenzen usw. Wie man sieht, ein ebenso reichhaltiges wie lobenswertes Arbeitsprogramm. Die Arbeiten über den Tarif haben begonnen und jeden Monat wird in einem Rundschreiben, das an die Druckereien verandt wird, über den Stand der Arbeiten berichtet. Auch ein Fragebogen wurde an alle Firmen der Hauptstadt und an die größten der Provinz verandt, zur Feststellung der Lage. Es wäre zu wünschen, daß die Prinzipale in ihrem eignen Interesse und in Anbetracht des Darniederliegens der gesamten Industrie, die Arbeiten der Kommission unterstützen. Vor allem müßten sie sich der Mühe unterziehen und alle gestellten Fragen klar und wahr beantworten, damit einmal ein richtiges Bild über die Lage im Gewerbe gewonnen würde. Wenn sie den Bemühungen der Kommission Verständnis entgegenbringen, so muß und kann das erreicht werden, was alle zivilisierten Länder besitzen, nämlich eine Organisation im Beruf. In Portugal existiert sie noch nicht, wahrhaftig, es ist eine Schande, schreibt „A Voz do Operario“ („Arbeiterstimme“), der vorstehende Zeilen entnommen sind.

**Amerika.** Nachdem die beabsichtigte Ernennung des jetzigen Präsidenten der International Typographical Union James M. Lynch zum Direktor der amerikanischen Regierungsdruckerei in Washington durch einschlägige Kreise vereitelt worden war, ist der Genannte nunmehr vom Gouverneur Sulzer zum staatlichen Arbeitskommissar des Staates New York ernannt worden. Infolge dieser Ernennung ist der amerikanische Seherverband genötigt, an Stelle Lynchs einen andern Kollegen auf den Präsidentenposten zu berufen. Lynch hat 13 Jahre hindurch die Geschäfte der Organisation geführt.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Mugsburg.** Die Ortsvereinsversammlung vom 2. August hatte zunächst zwei Aufnahmen zu erledigen. Nach Entgegennahme des Kassenerichts für das zweite Quartal, der zu Einwendungen keinen Anlaß bot, wurde in die von der letzten Versammlung zurückgestellte Diskussion über den Bericht unfres Delegierten von der Generalversammlung eingetreten. Diese gestaltete sich sehr kurz, da sich hierzu nur ein Kollege äußerte, welcher unter allgemeiner Zustimmung unser Einverständnis mit den dort gefaßten Beschlüssen zum Ausdruck brachte. Von allgemeinem Interesse für die Kollegenschaft dürfte die Mitteilung sein, daß hier eine Stereotypenanstalt ins Leben gerufen wurde. Gründer derselben ist das ehemalige Mitglied Kehler, das vor einiger Zeit mit Hinterlassung von Resten aus dem Verband austrat. Kehler erbielt sich, Kollegen in acht bis zehn Tagen als Stereotypenre auszubilden. Wie in dieser Zeitspange ein Beruf erlernt werden kann, zu dessen Ausübung sonst eine vierjährige Lehrzeit erforderlich ist, bleibt allen mit den Verhältnissen nur einigermaßen Vertrauten ein Rätsel. Für einen solchen Kursus wird ein Honorar von 85 Mk. gefordert. Dafür wird allerdings freie Wohnung und — Kaffee gewährt. Jeder denkende Kollege wird leicht einsehen, daß es nicht möglich ist, sich in acht bis zehn Tagen diejenigen Kenntnisse anzueignen, die für ein Fortkommen im Stereotypenberufe heute unbedingt notwendig sind.

**Berlin.** (Brandenburgischer Maschinensehervereinsversammlung) Infolge am 3. August abgehaltene Monatsversammlung hatte, trotz des herrlichen Sommerwetters und in Anbetracht der Ferientage, einen guten Besuch aufzuweisen. Es hatten sich ungefähr 450 Kollegen eingefunden. Galt es doch, energischen Protest zu erheben gegen die Mächtigkeiten der Prinzipale und deren Vertreter sowie gegen die Redaktion der „Zeitschrift“. In einem einständigen Referat behandelte Kollege Braun die Stellungnahme der „Zeitschrift“ gegen die Maschinenseher. Er führte ungefähr folgendes aus: Während bis vor nicht langer Zeit das Schlagwort der „Zeitschrift“ „Rückgang der Leistungen“ gewesen sei, vermute man es jetzt auf eine andre Art, nämlich die Maschinenseher systematisch der Sabotage zu bezichtigen. Ein Eingeladener in Nr. 31 der „Zeitschrift“, unterzeichnet mit Ekhalka, beschäftigte sich mit Bekämpfung und Gegenleistung der Maschinenseher. Jedoch habe sich der Schreiber dieses Artikels in Widersprüche verwickelt und es seien darin so viele Unwahrheiten enthalten, insbesondere was er von seiner Berliner Tätigkeit vor sechs Jahren schreibt, daß man annehmen müsse; es hier mit einem Seher der schlimmsten Sorte zu tun zu haben. Dann folgte ein Eingeladener in Nr. 53 der „Zeitschrift“ unter der Spitzmarke „Morat“. Es wurde hier ein Brief eines Maschinensehers an einen Prinzipal veröffentlicht, in dem sich der Gehilfe in der eitelhaftesten Weise anzuschmieren und zugleich einen andern Kollegen zu denunzieren versucht. Die Handlungsweise dieses Berufsgenossen werde auch von den Maschinensehern aufs entschiedenste verurteilt. Dann folgte in Nr. 59 der „Zeitschrift“ ein Artikel „Nachen der Sehmachinen und der Maschinenseher“. Dieser habe den beiden andern die Krone aufgesetzt. (Vor allen Dingen muß hier bemerkt werden, daß die betreffende Maschine [Sobal], um die es sich hier handelt, erst seit Februar dieses Jahres in der betreffenden Druckerei steht, also derartige Störungen, wie sie der Verfasser schildert, noch gar nicht vorkommen können.) Man

vermutete erst, daß man es hier mit einem Prinzipale zu tun hatte, der diese drei Artikel geschrieben, denn Stil und Art stimmten vollständig überein. Es besteht aber die begründete Annahme, daß als Verfasser ein Faktor in Frage kommt, der lediglich aus Neugierde handelte, weil er mit den Kollegen in Differenzen geraten war. Ein und denselben Vorgang hat er in der „Zeitschrift“ dreimal, jedesmal in andrer Aufmachung, behandelt. Von den Maschinensehern wurde öffentlich Protest erhoben gegen derartige Elemente, die es darauf abgesehen haben, das gute Einvernehmen zwischen Prinzipalen und Gehilfen zu stören. Derartige Mächtigkeiten widersprechen dem Sinne der Sehmachinengemeinschaft und liegen auch nicht im Interesse der Sehmachinenbesitzer. Das sei eine unanständige Kampfesweise! Unter „Bereinsmitteilungen“ teilte der Vorlesende einen vorläufigen Tarifamtsbescheid, betreffend die Fehlerberechnung an der Monotypie bei Leichen und Hochzeiten, mit. Der Entschcheid ist ergangen am 25. Juli in der Klage der Kollegen der Buchdruckerei Reimer in Trebbin. Derselbe lautet: „Ist durch eine Leiche oder eine Hochzeit ein Umbruch des Satzes erforderlich, so zählen die aus der ersten und letzten Zeile entfernten und in diese hineingesetzten Worte als soviel Fehler, als dieselben Buchstaben enthalten. Für die entferntesten oder hinzugesetzten vollen Zeilen ist eine Entschädigung nicht zu berechnen.“ An Stelle des infolge Krankheits ausgebliebenen Schriftführers in der Zentralkommission wurde Kollege Gierich neu gewählt. Als Beisitzer im Tarifamt, an Stelle des Kollegen Quadt, wurde Kollege Leder vorgeschlagen und als Beisitzer in den Zentralvorstand wieder Kollege Köhne. Unter „Schnitzern“ besprach Kollege Reintal den neuen Gastermperaturregler H & B für Sehmachinen. Dieser ist von Paul Heilmann (Berlin) konstruiert. Der Apparat soll nach Angaben von Kollegen, die schon längere Zeit mit ihm arbeiten, sehr gut und sicher funktionieren. Zum Schluß wurde auf unsern Familienabend, der am 12. Oktober in der „Neuen Welt“ stattfindet, hingewiesen. Eintrifftskarten gelangen in der nächsten Verammlung zur Ausgabe. Nächste Verammlung am 7. September. Acht Neuaufnahmen fanden statt.

**D.-ch. Chemnitz.** Eine schöne, von echt kollegialem Geiste durchdrungene Feier war es, die der hiesige Gesangsverein „Gutenberg“ zu Ehren seiner Gäste, des Leipziger „Gutenberg“, am 2. August im Vereinslokale „Thaliahaus“ veranstaltet hatte und die von der Kollegenschaft gut besucht war. Die Sängerparkette des Leipziger „Gutenberg“ fand dieses Jahr in die Mittweidener Schweiz statt, und der lange Jahre gehegte Wunsch, den Chemnitzern einen Besuch abzustatten, wurde hiermit erfüllt, denn etwa 120 Sängertreffen am Sonnabendabend in Chemnitz ein, wo ein Kommerz der Kollegen zu einigen fröhlichen Stunden vereinte. Beide Vereine boten ihr Bestes in gelunglicher Beziehung, und der Vortrag ihrer Lieder verdient rühmlichste Anerkennung. Reicher Beifall erscholl nach jedem Vortrag. Enthusiastischer Beifall rief ein Virtuosenkunststück auf der Violine hervor. Tenorist und komische Vorträge zweier Leipziger Kollegen trugen wesentlich zur fröhlichen Stimmung bei. Daß auch die nahezu historische gewordenen Kommerzlieder nicht fehlten, ist wohl selbstverständlich. Ein „Chemnitz-Leipziger Allerlei“ (1/4, Meter Länge) und ein „Leipziger Allerlei“ entfalteten durch ihre humoristisch-satirische Dichtungen unbändige Selbsterkenntnis. Nur zu schnell verriemen die schönen Stunden, und trotz mehrmaliger Aufforderung, den Abend nicht zu lange auszudehnen in Anbetracht der am andern Tage stattfindenden Partie, haben doch sehr viel Kollegen erst bei Sonnenaufgang ihre Quartiere „bezogen“. Der andere Morgen sah aber doch ungefähr 300 Männer und Weiblein auf einer Landpartie ins schöne Jöhospaual durch Schloß und Park Richtenwalde, Frankenberg, über die Litzelschöhe, durchs Lübbelal, Dreierwerden nach Mittweida, wollebist im Vereine mit den dortigen Kollegen im „Schillergarten“ ein Abschiedskommerz stattfand. War auch der Weg ein ziemlich anstrengender (acht bis neun Stunden), so verlief die Partie doch in großartigster Weise. Trotz großer Hitze erklang fortwährend froher Liederfang, und es war hauptsächlich ein Teil untrer Leipziger, der alle Beteiligten durch seine „historischen Armeemärche“ von Anfang bis Ende unterhielt. Selbst beim Abschiedskommerz in Mittweida war von etwaiger Müdigkeit nichts zu spüren. Alle diejenigen, die die schönen Stunden der beiden Tage miterlebt haben, werden sich noch oft und gern an die Zusammenkunft der Chemnitz und Leipziger Sangesbrüder erinnern. Es waren Stunden echt kollegialen Zusammengehörigkeitsgefühls.

**kg. Essen (Ruhr).** Infolge am 2. August abgehaltene Monatsversammlung hätte angelehnt eines Richtbildervortrags über das englische Genossenschaftswesen einen besseren Besuch aufweisen können. Herr Sekretär Krollk vom Bürger- und Arbeiterkonsumverein „Eintracht“ verstand es vortrefflich, den Anwesenden durch Wort und Bild eine Vorstellung über die Größe und Stärke der englischen Genossenschaften zu geben. Wohl allen drängte sich der stille Wunsch auf: Wären wir in Deutschland doch auch erst so weit! Reicher Beifall lohnte dem Referenten seine Mühe. Darauf wurde der Posten des zweiten Vorstehenden, infolge Wegzugs des bisherigen Inhabers, neu besetzt. Der Ansuchenantrag des Vorstandes gegen das Mitglied Paul Mobeck wurde angenommen. Mobeck, der seit 17 Jahren untrer Organisation angehörte, brachte es fertig, sich der als verabschiedlich bekannten Firma Reismann-Grone als Kronzeuge gegen den Verband anzubieten. Mehrere in den Verband eingetretene Kollegen der Firma hatten kurz danach die Kündigung wegen „Arbeitsmangel“ erhalten. Sie klagten darauf beim Schiedsgericht auf Mahregulung. Hierbei wurde nun ein Fall angeführt, der den Mobeck betraf. Dieser hatte im Frühjahr durch Vermittlung eines Kollegen Schiffe eine Unterredung mit dem

Oberfaktor Wenke der Firma Reismann-Grone zwecks Anstellung bei der Firma. Hierbei soll nun dem Mobeck der Austritt aus dem Verband als Vorbedingung für etwaige Kondition gestellt sein. Bei der Schiedsgerichts-sitzung wurde Herr Wenke darum befragt. Als Antwort verlas dieser einen geradezu knechteligen Brief Mobecks, durch welchen sich der Schreiber selbst außerhalb untrer Organisation stellte. Mundern muß man sich nur, wie dieser Mann, dessen Auftreten früher radikal-judikalistisch, beinahe anarchisch ammutete, so „gesunde gelbe Gedanken“ entwickelt. Hoffentlich lohnt es ihm die Firma Reismann-Grone gut. Wir weisen ihm keine Träne nach. Sei aber dem Tugendbunde! Schon schwirren Gerüchte umher, daß wieder ein langjähriges Verbandsmitglied den „roten Staub“ von seinen Fingern geschüttelt und in Blumenfranzösischen Elitekorps eingedrückt sei.

**-n. Bezirk Meß.** Am 3. August tagte in Forbach eine von etwa 150 Mitgliedern besuchte Bezirksversammlung. Nachdem Vorstehender Bodt den Gauvorsteher Agner sowie Kollegen Gufendorf (Saarbrücken) begrüßt hatte, erfolgte die Ehrung der verstorbenen Kollegen Moulin, Kopp, Kunath, Fiedler sowie des in Schoppsheim verstorbenen früheren Vorstehenden Bühler. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten referierte Gauvorsteher Agner (Straßburg) über das Thema: „Welche vornehmste Aufgabe stellt uns die achte Generalversammlung“. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in kurzen, markigen Ausführungen und erntete dafür reichen Beifall. Da keine Diskussion beliebt wurde, ging es zum zweiten Teile des Tags, dem Johannistage. Nachmittags 3 Uhr setzte sich der Festzug unter Vorantritt der 174er nach dem Festlokal in Bewegung. Dort wickelte sich die Feier unter Mitwirkung der Gesangsvereine „Harmonia“ (Meß) und „Gutenberg“ (Saarbrücken) ab. Zunächst begrüßte Kollege Cordier im Namen der Mitgliedschaft Forbach alle Kollegen und Gäste. In seiner Festrede wies Gauvorsteher Agner auf die Bedeutung des Zusammenflusses hin und betonte, daß die Gehilfen in erster Linie auf dem friedlichen Wege der Unterhandlungen mit den Arbeitgebern sich denjenigen Teil am Geschäftsgewinne sichern wollen, der ihnen zustehe. Der Redner gedachte zum Schluß seiner Ausführungen dreier Kollegen, die das 25jährige Jubiläum ihrer Verbandsangehörigkeit feiern können. Er lobte ihre Treue in der Führung der von ihnen bekleideten Ämter und ihr unentwegtes Festhalten am Verband. Als Vertreter des Bezirksvorstandes richtete Bezirksvorstehender Bodt noch einige herzliche Worte an die Jubilare Gödden, Kübler und Rhode und überreichte ihnen die Jubiläumsdiplome. Den Dank der Jubilare sprach Kollege Gödden (Meß) aus. Später richtete Herr Verleger Hornung im Namen der Prinzipalität einige launige Worte an die Versammlung, wobei er hervorhob, daß in Forbach, wo das Buchdruckgewerbe in voller Blüte stünde, erste Differenzen zwischen Verlegern und Gehilfenchaft noch nicht vorgekommen seien und er hoffe, daß solche bei beiderseitigen guter „Witter“ auch „fernerhin“ ausgeschliffen sein werden. Nur durch ein einträchtiges Zusammenarbeiten von Gehilfen und Verlegern sei ein Erfolg der Arbeit möglich, ein Erfolg, der beiden Seiten Vorteile bringe. Redner hoffte, daß auch der heutige Tag dazu dienen möge, das gegenseitige Vertrauen immer mehr zu heben und zu festigen. Für sonstige Unterhaltung und Kurzweil war reichlich gesorgt. Vom Bankhalter Walter (Straßburg) und Kollegen Kirch (Meß) traf ein poetisches Begrüßungsgramm aus Laß (Waden) ein, außerdem ein herzlich gehaltenes Begrüßungsgrüßwort des hier in seiner Heimat Röhrlingen zur Erholung weilenden internationalen Sekretärs, Kollegen Stautner (Stuttgart).

**Müßheim (Ruhr).** (Graphische Vereinigung.) Anlässlich ihres ersten Stiftungsfestes unternahm die Vereinigung am 3. August eine Fahrt nach Krefeld. Eine stattliche Anzahl Kollegen des Graphischen Zirkels erwartete uns am Bahnhof. Nach einem kleinen Rundgang durch die Stadt wurde die königliche Werkhule, eingehend besichtigt, wobei ein Angelegter die nötigen Erläuterungen gab. Nachmittags besuchten wir noch das Kaiser-Wilhelm-Museum. Ein Rundgang durch den herrlichen Stadtwald und eine gemütliche Stunde im Kreise der Krefelder Kollegen schloß den zu schnell verflossenen Sonntag. Dem Graphischen Zirkel Krefeld für die gute Aufnahme unsern besten Dank.

## □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Ferien!** Die Buchdruckerei Leopold Korff, Hamburg, bewilligte aus eigem Antrieb ihrem Personal einen dreitägigen Erholungsurlaub.

**Betriebsunfall.** Nach einem Berichte der „Buchdruckerswoche“ wollte in der S. Stockerischen Buchdruckerei zu Holzginden der Maschinenmeister Siebert einen an der Maschine entstandenen Fehler wieder in Ordnung bringen; plötzlich setzte sich die Maschine jedoch in Bewegung und der Maschinenmeister wurde in eine Ecke gedrückt, wobei ihm an der rechten Seite mehrere Rippen gebrochen und der Brustkorb stark gequetscht wurden; auch erlitt er Verletzungen am linken Arm und im Gesicht.

**Von der Generalversammlung des Lithographen und Steindruckers.** Vom 10. bis 16. August dieses Jahres fand in Stuttgart eine ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Lithographen und Steindruckers statt, aus deren Verhandlungen wir das nachfolgende von besonderem Interesse auch für uns Buchdrucker betrachten. Einer der wichtigsten Beratungspunkte des Verbandstags bildete die Aussprache über „Die technischen Umwälzungen im graphischen Gewerbe“. In einem

längeren Vortrag entwarf der Referent ein umfassendes Bild von der durch den Fortschritt der Technik begünstigten Entwicklung und Schiderte die Einzelheiten der graphischen Technik und der Entwicklung ihrer vier Druckverfahren: Hoch-, Tief-, Stein- und Lichtdruck. Seine Darlegungen wurden durch eine sehr schöne Ausstellung graphischer Erzeugnisse unterstützt. Nach einer eingehenden Aussprache wurden folgende wichtige Beschlüsse gefaßt: 1. „Zur ständigen genaueren Beobachtung der technischen Entwicklung unseres Gewerbes ist eine Sammelstelle für Druckerzeugnisse aller Reproduktionsverfahren zu errichten. Die Mitgliedschaften sind verpflichtet, dieser Zentralstelle von vorhandenen und neuauftauchenden Verfahren Drucke nebst einer eingehenden Beschreibung der Verfahren einzuliefern. Die Sammelstelle soll in Leipzig sein und soll den Vorständen für technische Vorträge auf Verlangen zur Verfügung stehen. Diese Sammelstelle hat die Entwicklung der beruflichen Technik eingehend zu beobachten und die Resultate der Beobachtungen laufend bekanntzugeben. Bei der Sammelstelle in Leipzig ist eine Sammlung von Drucksachen kollektiver Veranstaltungen anzulegen und ständig zu ergänzen.“ 2. „Es ist eine Statistik über die Rotarjens- und Offsetmaschinen aufzunehmen, welche nachweist, was und wie viel an diesen Maschinen geliefert wird und inwieweit Flachdruckpressen durch diese Maschinen überflüssig werden.“ Aus dem Geschäftsberichte, den der Zentralvorstand vorlegte, ist hervorzuheben, daß seit der letzten Generalversammlung 1910 der Mitgliedsbestand um 508 zurückgegangen ist, der seine Ursache im Zurückgehen des graphischen Berufs, insbesondere der Lithographie und des Steindrucks, hat. Am 1. April 1913 zählte der Verband 16591 Gehilfenmitglieder und 2338 Lehrlingsmitglieder. Die gesamten Einnahmen in der Berichtsperiode vom 1. April 1910 bis 31. März 1913 betragen 3910016 Mk. und das Vermögen am Schlusse 833302 Mk. Die Gesamtausgaben betragen 4488268 Mk., darunter befinden sich 1762946 Mk. als verausgabte Unterfütungen an die bei dem großen Streik- und Lusperrungskampf im deutschen Steindruckgewerbe in Mitleidenschaft gezogene Mitglieder. Außerdem wurde ausgegah für: Mahreglungsunterfütung 22034 Mark, Ertraunterfütung an Ausgefütete 25388 Mk., Rechtschutz 6673 Mk., Umzugsunterfütung 53903 Mk., Reiseunterfütung 76652 Mk., Arbeitslosenunterfütung 431993 Mk., Krankenunterfütung 684038 Mk., Invalidenunterfütung 307043 Mk., Witwenunterfütung 167264 Mark und für Sterbegeld 44484 Mk. Der Kassenbestand betrug am Ende der Berichtsperiode 255050 Mk. Es wurden dann noch Berichte gegeben vom Zentralausschusse, der Redaktion und der Preßkommission. Die Diskussion über diese Berichte war sehr lebhaft, bezüglich der fachtechnischen „Graphischen Rundschau“ wurde beschlossen: „Am den Ausbau und die Weiterentwicklung der „Graphischen Rundschau“ zu ermöglichen, gibt die Generalversammlung der technischen Zentrale den Auftrag, einen Arbeitsplan auszuarbeiten und gemeinsam mit dem Hauptvorstand alles Mögliche zu tun. Sämtliche Körperkassen“ wird überlassen, gegebenenfalls das bisherige Obligatorium der „Graphischen Rundschau“ aufzuheben.“ Die Verhandlungen über „Lohnbewegungen“ fanden in einer nichtöffentlichen Sitzung statt. Die „Gründung eines graphischen Industrieverbandes“ wurde ebenso eingehend besprochen und sodann u. a. folgender Beschluß gefaßt: „Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe hat mit den übrigen graphischen Verbänden eine Verständigung über die Verschmelzung sämtlicher graphischer Verbände zu einem gemeinsamen Verbande herbeizuföhren. Durch die Generalversammlung wird der Hauptvorstand beauftragt, mit den übrigen Verbänden der graphischen Berufe eine Verständigung über die Gründung eines graphischen Industrieverbandes herbeizuföhren.“

**Gesetz gegen die Schundliteratur.** Im Reichsjustizamt ist ein Gesetzentwurf gegen die Schundliteratur in Vorbereitung begriffen. Derselbe soll dem Reichstage schon in der nächsten Tagung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Der Entwurf soll als Novelle zur Gewerbeordnung gestaltet werden. Er verfolgt u. a. das Ziel, die bestehenden Bestimmungen zu verschärfen und namentlich dahin zu ergänzen, daß die Ausstellung von unflüchtigen Bildern und Büchern in den Schaufenstern und Auslagen verhindert wird.

**Das Ergebnis des Handwerks- und Gewerkekammertags.** Den Beratungen des in Halle a. d. Saale abgehaltenen Handwerks- und Gewerkekammertags sah man in Handwerks- und Gewerkekreisen mit Spannung entgegen, da die vorausgegangenen Handwerkerkonferenzen im Reichsamte des Innern recht kärglich ausgelaufen waren. Aber das Ergebnis war auch hier kein, besseres, trotzdem man ja in Deuschland das Handwerk, als den Träger des sogenannten Mittelstandes, allenthalben in den Himmel lobt. Die Regierung ließ erklären, die Ausgestaltung der Gewerbeordnung solle nicht vom grünen Tisch aus, sondern unter Mitwirkung des Handwerks selbst erfolgen, und in der Frage der Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk bestehe die Ansicht, daß bald ein betriebigender Ausgleich gefunden werde. Für jetzt hat man den Begriff des „Großbetriebes im Handwerk“ anerkannt. Die alljährlich wiederkehrende Frage des Berdingungswesens soll durch eine Hauptstelle für dasselbe gelöst werden. Lebhafte Aussprache führte der „Schutz der Arbeitswilligen“ herbei. Man hielt Kundentage Reden, verurteilte den „Mißbrauch“ des Koalitionsrechts der Arbeiter, der für das Handwerk äußerst schädigend sei und — zum Boykott ausgearbeitet — zur Vernichtung des Handwerks führen könne. Von der Selbsthilfe ver sprach man sich, wie immer, auch hierbei nichts, sondern schrie nach einem Spezialgesetze, soll heißen: Ausnahmegesetz. Gegen Regierung und Reichstag wurden die heftigsten Vorwürfe gerichtet, weil sie sich gegenüber dem Terrorismus der Arbeiter nicht energisch genug zeigten, und namentlich dem letzteren las man gründlich die Leiden, weil sich die

Reichstagsmehrheit nicht für das Verbot des Streikpostens erwärmen konnte. Hierzu wurden eine Reihe Resolutionen angenommen und zum Schluß, um der Rückständigkeit die Krone aufzubriden, die Notwendigkeit der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die gewerblichen Berufskrankheiten verneint.

**Die Entschädigung für Schöffen und Geschworene.** Das Gesetz über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen ist jetzt im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Danach sollen Schöffen und Geschworene für jeden Tag der Dienstleistung ein Tagesgeld von 5 Mk., für ein etwa notwendig gewordenes Nachquartier eine Zulage von 3 Mk. erhalten. Außerdem ist je nach der Entfernung des Wohnorts von der Gerichtsstätte eine Entschädigung vorgesehen.

**Ärzte und Krankenkassen.** Gegenüber einer Mitteilung des „Bayrischen Staatsanzeigers“, wonach in Bayern eine Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen erfolgt sein soll, haben in den letzten Tagen der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, der Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, der Gesamtverband deutscher Krankenkassen, der Allgemeine deutsche Knappschaftsverband, der Verband deutscher Innungskrankenkassen sowie die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen eine gemeinsame Erklärung der Öffentlichkeit übergeben, worin festgestellt wird, daß es sich in Bayern nur um eine unverbindliche Besprechung zwischen Vertretern der bayrischen Ärzte und Krankenkassen gehandelt hat. Die beteiligten bayrischen Krankenkassenverbände, soweit sie zu dieser Besprechung schon Stellung genommen haben, lehnen das Abkommen in der vorliegenden Form ab. Und die vorgenannten deutschen Krankenkassenverbände fassen ihr Urteil über das Abkommen in folgenden Worten zusammen: „Die Grundzüge der Vereinbarungen opfern in den wichtigsten Fragen die Interessen der Kassen den Interessen der Ärzte ohne Gegenleistung. Sie begünstigen ganz einseitig die Forderungen der Ärzte, wie sie vom Leipziger Verband aufgestellt sind. Die Vereinbarung sichert den Kassen trotz aller Opfer nicht einmal die ihnen gesetzlich auferlegte ärztliche Behandlung ihrer Mitglieder. Die Verbände der Krankenkassen sind daher außerstande, der Vereinbarung ihre Zustimmung zu geben. Sollten trotz aller Bedenken die in der Einigung niedergelegten Grundzüge auch ohne Zustimmung der Kassen tatsächlich maßgebend werden für die Entscheidungen der Versicherungs- und Verwaltungsbehörden, so müßte die Verantwortung für die verderblichen Folgen für die Versicherten in vollem Umfange der Regierung überlassen bleiben. Eine Zustimmung der Kassen zu den ihnen eignen ruin bedingenden Abmachungen kann nicht erfolgen.“ — In Bielefeld stehen Ärzte und Krankenkassen vor einem Konflikt, dessen Ende noch nicht abzusehen ist, und der besonders interessant ist, durch die rücksichtslosen Forderungen, die hier die Ärzte an die Kassenverwaltungen stellen. So wird eine Erhöhung der bisherigen Sätze um das Doppelte und mehr gefordert, ferner eine differenzierte Berechnung nach folgendem Vorschlage verlangt: „Für Mitglieder mit weniger als 1800 Mk. Jahres- oder 6 Mk. Tagesverdienst soll die neue Gebühreordnung gelten; 50 Proz. Zuschlag hierzu sollen erhoben werden bei Mitgliedern mit mehr als 1800 Mk. Jahres- oder 6 Mk. Tagesverdienst. Ein Zuschlag von 100 Proz. soll in Anrechnung kommen bei Mitgliedern, die nach Ausschluß aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung sich freiwillig weiter versichern. Solchen Mitgliedern aber, die ganz freiwillig der Kasse angehören, soll die Wohlfahrt kassenärztlicher Behandlung nicht zuteil werden. Die Arztkosten sollen diese Mitglieder selbst tragen, nur Krankengeld soll ihnen gewährt werden. Endlich wünschen die Ärzte die Errichtung eines Schiedsgerichts für Streitigkeiten aus dem Vertrage; der Spruch des Schiedsgerichts soll für beide Teile bindend sein.“ Es braucht kaum besonders betont zu werden, daß die Stimmung in Kassenkreisen auf strikte Ablehnung dieser Forderungen hinausgeht.

**Ein christliches Gewerkschaftsfest als Geschäftsreklame.** Kürzlich hatten die christlichen Gewerkschaften in Hannover ein Sommerfest. Da auf diesem Sommerfest eine Verlosung stattfinden sollte, Geld für Geschenke aber wohl nicht vorhanden war, kam das christliche Kartell auf die Idee, die Geschäftsleute anzubekommen. Es verhandte an die Geschäftsleute ein Schreiben, in dem es heißt: „... Unter anderem findet auch eine Verlosung statt; wir erlauben uns daher die ergebene Anfrage, ob Sie nicht bereit sind, auch Ihre Seite einen Gegenstand zur Verlosung zu stiften. Ohne Zweifel würde sich Ihre Firma in empfehlende Erinnerung bringen, da die Spender den Mitgliedern in sachlicher Weise bekannt gegeben werden und bedeutet dies zweifellos für die in Betracht kommenden Firmen eine wertvolle Reklame. Etwaige Geschenke beliebe man an das Bureau der christlichen Gewerkschaften, Kanonenwall 16, zu übermitteln, doch sind wir gern bereit, die fälligen Überweisungen abholen zu lassen und werden uns die Freiheit nehmen, in den nächsten Tagen in dieser Angelegenheit bei Ihnen vorzusprechen. Mit vorzüglichster Hochachtung! ergebenst Der Vorstand: J. A. Karl Bede.“

**Amerikanische Gewerkschaften als Grundbesitzer.** Nach einer Erhebung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, der Ende März 1913 1952130 Mitglieder umfaßte und dem alle bedeutenderen amerikanischen Fach- und Industriegewerkschaften mit Ausnahme der großen Maurer- und Eisenbahnerverbände angeschlossen sind, ergab sich, wie wir der „Sozialen Praxis“ entnehmen, daß in 28 Städten Gewerkschaftshäuser oder Labor Temples bestehen, während in 21 Städten der Bau solcher in Vorbereitung ist. Daneben haben die Bergarbeiter allein in 43 Orten eigene Verwaltungsgebäude, Versammlungssäle und in neun Fällen eigene Krankenhäuser, acht Bezirksgruppen der Müller

und mehr als 20 Ortsvereine anderer Gewerkschaften besitzen ein eigenes Heim, ebenso auch fünf Vorstände von Zentralverbänden. Die Schriftsetzer, Maschinenmeister, Eisenbahner u. a. haben eigne Fachschulen, Sanatorien, Altersheime usw.

**Briefkasten.**

Nach Strahburg i. C.: Daß auch „Der Elässer“ nunmehr Abnehmer der Wachseifefabrik in M. Gladbach geworden ist und dem Pamphlet „Mißbrauch eines Fachorgans“ Aufnahme in seinen Spalten gewährt hat, ist für uns nur ein Beweis, daß nun auch in der Redaktion dieses Blattes weniger eigne Überlegung als fremde falsche Gesinnung die Leitung in Händen hat. Darum verzichten wir auch darauf, der Sache größere Bedeutung beizulegen. — B. A. in Friedeberg a. Au.: Für Anerkennung besten Dank. Sein Sie froh, daß Sie den „Typograph“ nicht zu lesen brauchen. Es ist alles andere eher als ein Genuß, wenn man sehen muß, wie Treffer in jeder Nummer immer stärkere Bohlen auf die Presse nageht, welche die Blinden vor ihren Hirnkassen fragen. — Fr. M. in Wiesbaden: Die Adresse des betreffenden Kollegen finden Sie in Nr. 84 angegeben. — C. T. in Glücksburg: Der Sitz jenes Verbandes befindet sich im Buchgewerbehaus zu Leipzig, Dolgstraße 1. — Maschinenlehrer: 1. Die Gehilfenprüfung erfolgt als Handlehrer. 2. Zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung, die übrigens im direkten Anschluß an die Gehilfenprüfung abgelegt werden kann, empfehlen wir Ihnen, „Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe“ von J. B. Lindl. Preis 3 Mk. (zu beziehen durch A. Siegel in München, Holzstraße 7). Die Kommission für die Abnahme der Meisterprüfung hat das Recht, auch nach dem 1. Oktober 1913 von dem Nachweise der bestandenen Gehilfenprüfung abzusehen. — W. M. A. in Ostrowo: Da müßten Sie sich schon selbst an die hiesige Königliche Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe, Wächterstraße, wenden, um genaue Auskunft zu erhalten. — K. A. in Saarlouis: Nichts eingegangen. — L. in Bg.: 2,30 Mk. — D. A. in Bg.: 2,60 Mk. — F. A. in Nürnberg: 2 Mk.

Wir bitten um Mitteilung über den derzeitigen Aufenthaltsort des am 9. April 1866 in Königsberg in Preußen geborenen Buchdruckers Robert Preuß. Die Redaktion.

□ □ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □ □  
Verbandsanweisung: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 111.

**Adressenveränderungen.**

**Krefeld.** (Bezirk und Ort.) Vorlieferer: Cuffax Murrman, Blumenstraße 94.  
**Straubing.** Kaffierer: Hof. Straffer, Burggasse 222 III r.

**Für Aufnahme gemeldet**

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beteiligte Abtheilung)  
In Braunlage a. S. der Seher Ernst Thiel, geb. in Salzweid 1891, ausgel. das. 1910; war schon Mitglied. — In Liebenwerda der Seher Otto Geschmann, geb. in Serzberg (Elster) 1889, ausgel. das. 1908; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. S., Kleine Klausstraße 7 I.  
In Münstermaifeld der Seher August Engelmann, geb. in Erier 1892, ausgel. in Obergünningen (Volbr.) 1912; war noch nicht Mitglied. — Peter Neu in Metternich bei Koblenz.

**Arbeitslosenunterfütung.**

**Elbing.** Dem Seher Aller. Schöffke aus Smollen (Hauptbuchnummer 66412) ist auf der Tour Elbing—Danzig die grüne Legitimation abhanden gekommen. Derselbe erhielt ein Duplikat und wird erstere für ungültig erklärt. — Der Seher Heinrich Langenfeld (Hauptbuchnummer 68800) wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen seiner Logiswirtin in Elbing gegenüber nachzukommen. Die berechtigten Funktionäre werden gebeten, L. hierauf aufmerksam zu machen.

**Versammlungskalender.**

- Bielefeld. Stereotyp- und Galvanoplastikerversammlung Sonnabend, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, in der „Eisenhütte“.
- Breslau. Maschinenlehrerwandrerversammlung (Schleifler Maschinenlehrerverein) Sonntag, den 24. August, vormittags 11 Uhr, im „Schiffenhaus“ in Oligau.
- Duisburg. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, bei W. Kühner in Ruhrort, Rudolphstraße.
- Essen (Ruhr). Korrekturenversammlung am Sonntag, dem 24. August, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant W. Kaufmann, Mitterlingstraße.
- Frankfurt a. M. Außerordentliche Hauptversammlung am Sonntag, dem 24. August, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“.
- Göthen. Maschinenmeisterbezirksversammlung Sonntag, den 24. August, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
- Oligau. Maschinenmeisterbezirksversammlung Sonntag, den 31. August, nachmittags 2 Uhr, im Hotel „Grüner Kranz“ in Grönberg.
- Katzenbach. Versammlung Sonnabend, den 23. August, abends pünktlich 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Oberstraße 15.
- Niedersachsen. Bezirksverbandesmannerkonferenz Sonntag, den 24. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Goldenstraße 23.
- Strichberg. Maschinenmeisterbezirksversammlung Sonntag, den 24. August, vormittags 10 Uhr, in der „Stahlbauerei“.
- Leipzig. Versammlung Freitag, den 22. August, abends 7 1/2 Uhr, im „Volksklub“, Jetterstraße 32.
- Mainz. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Brauhause zum Gulenberg“.
- Neu-Siebenbrunn. Versammlung am Sonnabend, dem 23. August, abends 9 Uhr, in der „Harmonie“ (Kolleg).
- Reutlingen-Zübingen. Maschinenmeisterbezirksversammlung Sonntag, den 24. August, vormittags pünktlich 10 Uhr, im „Anker“ in Zübingen.

(Stierzu eine Beilage.)

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 96 — Leipzig, den 21. August 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Verband der Deutschen Buchdrucker Bilanz am 30. Juni 1913

Einnahmen

Ausgaben

An Saldovortrag vom 31. März 1913.	9768791	48	Per Unterstiftungen, Verwaltung usw. . . . .	712008	17
„ Einschreibegeld, Beiträgen usw. in den Gauen im 1. Quartal 1913	973763	40	„ Saldovortrag für 1. Juli 1913 . . . . .	10160929	28
„ Zinsen usw. für 2. Quartal 1913 . . . . .	130382	57			
Summa	10872937	45	Summa	10872937	45

Der Saldo von 10160929,28 Mk. setzt sich zusammen aus 9699406,40 Mk. in Wertpapieren, deren Einkaufswert 9639926,80 Mk. beträgt, 397684 Mk. in bar und 61.138,88 Mk. Vorschub in den Gauen und 2700 Mk. „Korrespondent“.

Berlin, den 12. August 1913.

Gustav Eiser, Kassierer.

Vorsteher der Kassenabteilung ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Tageskassenbestand von 425176,22 Mk. in Belegen und Kasse festgestellt worden.

Berlin, den 15. August 1913.

Die Revisionskommission:

E. Gordinan, Ernst Gerlach, Eugen Gogus.

### Quittung über im 1. Quartale 1913 in den Gauen eingegangene und verausgabte Gelder

Gau:	Einnahmen						Ausgaben													
	Einschreibegeld	Ordnungsbefehle	Ordnungsstrafen	Vor- resp. Zuschub für 1. Quartal 1913	Zusammen	Unterstütz. an Reisende	Unterstützung an Arbeitslose	Unterstützung nach § 2 der B.-Beschlüsse u. Umzugsh.	Unterstützung an Kranke	Unterstütz. an Invaliden	Begräbnisgeld	Verwaltung usw.	Zurückbehalt. Vorschub für 2. Quartal 1913	An die Hauptkasse eingekandt						
Bayern	46	74759	90	23	40	—	—	—	18447	25	1962	15	3764	96	6000	—	8620	19		
Berlin	116	167481	70	144	40	—	—	—	49794	—	4100	—	8407	20	—	—	13597	25		
Dresden	9	35519	30	—	—	—	—	—	8073	80	400	—	1776	40	8000	—	592	—		
Essaß-Volbringen	8	16928	30	9	—	3507	65	—	3674	30	1800	—	847	26	3803	74	5000	—		
Erzgebirge-Bogland	15	23997	30	12	25	4000	—	—	3074	15	222	50	1208	30	6000	—	11267	95		
Frankfurt-Hessen	24	40525	10	—	—	5000	—	—	9771	—	600	—	2027	46	2000	—	21229	69		
Hamburg-Altona	7	38038	60	4	20	—	—	—	6125	—	1100	—	1902	50	—	—	15194	25		
Hannover	21	39170	20	9	20	2000	—	—	8108	—	1050	—	1959	56	5000	—	10686	89		
Leipzig	17	84156	35	7	—	—	—	—	18058	60	2150	—	4207	65	—	—	24236	55		
Mecklenburg-Rübeck	10	9292	80	8	60	691	27	—	1542	80	200	—	465	57	2023	10	2100	—		
Mittelrhein	28	46207	85	2	—	—	—	—	10481	28	900	—	2312	95	—	—	20840	27		
Nordwest	5	18676	10	2	—	4000	—	—	4209	80	25	—	980	76	4000	—	7985	54		
Oberrhein	21	20526	50	4	20	5000	—	—	4838	90	300	—	1027	60	4500	—	8286	—		
Oder	24	33639	80	1	40	4000	—	—	5466	70	100	—	1683	25	4000	—	17691	35		
Osterrhein-Thüringen	16	35443	30	4	20	3500	—	—	7071	40	600	—	1771	89	5000	—	16744	56		
Ostpreußen	10	10890	50	16	80	—	—	—	1526	10	50	—	545	87	—	—	5548	88		
Posen	8	7439	60	3	—	3789	97	—	1173	—	380	—	352	53	3884	—	2771	34		
Rheinland-Westfalen	106	115138	65	83	85	—	—	—	17303	50	2269	—	5847	08	—	—	60454	72		
An der Saale	38	44346	80	4	20	3109	95	—	708	—	100	—	2223	45	4052	79	20291	—		
Schlesien	17	37243	90	71	05	1500	—	—	7729	25	744	50	1862	30	1875	25	12345	50		
Schleswig-Holstein	7	15552	—	—	—	1000	—	—	252	—	150	—	765	10	1000	—	6991	95		
Westpreußen	6	8026	50	2	80	—	—	—	1647	80	350	—	401	76	—	—	2484	14		
Württemberg	28	51082	80	29	—	1848	84	—	16658	60	1250	—	2555	22	—	—	13797	07		

Anmerkung: Die Nachzahlungen und Rückzahlungen sind den ordentlichen Beiträgen, Ausgaben für Rechtschutz und die sonstigen Ausgaben in den Gauen den Verwaltungskosten hinzugerechnet. — Gesamtzahl der steuernden Mitglieder: 68933.

### Bewegungstafel des Verbandes der Deutschen Buchdrucker im 1. Quartale 1913

Gau:	Eingang der Abrechnung	Mitglieder im Stand Ende des 4. Qu. 1912	Neu eingetret.	Müßig eingetret.	Summe der 4. Qu.	Müßig	Sommerurlaub	Sugereist	abgereist	vom April ab	Summe	Müßig	ausgetreten	ausgeschloffen	Stenotypen	gestorben	Konditionlos am Orte		Vorübergehend Erwerbsunfähige	
																	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage
Bayern	27./5.	5159	38	10	4	2	181	199	15	1	6	14	7	8	5144	716	22462	588	13736	
Berlin	5./6.	12087	73	35	6	—	176	173	27	2	16	49	22	17	12071	2228	72016	1348	37842	
Dresden	10./6.	2467	28	6	—	3	88	107	—	2	13	6	2	2	2462	353	9296	212	5979	
Essaß-Volbringen	13./6.	1169	9	1	—	—	49	50	36	—	1	2	2	2	1131	91	3332	138	2759	
Erzgebirge-Bogland	28./4.	1612	48	5	3	1	122	138	2	—	1	11	1	2	1636	156	3542	115	2086	
Frankfurt-Hessen	6./6.	2823	13	10	3	2	119	119	9	—	5	22	6	1	2808	273	6778	316	7166	
Hamburg-Altona	26./4.	2647	2	4	2	5	55	38	—	2	9	7	2	6	2651	374	7585	230	4382	
Hannover	9./6.	2758	21	6	2	—	124	162	4	—	7	4	3	2	2729	255	5088	259	5830	
Leipzig	4./6.	5826	151	7	3	2	114	163	5	2	9	7	6	4	5907	797	21350	500	15631	
Mecklenburg-Rübeck	10./5.	624	25	2	—	—	36	40	1	—	8	1	—	1	644	58	720	48	1102	
Mittelrhein	24./5.	3107	25	5	1	—	285	268	6	—	8	10	2	6	3123	328	5958	332	8007	
Nordwest	24./5.	1260	7	1	1	—	112	100	4	—	1	2	—	—	1273	151	3126	155	3047	
Oberrhein	22./5.	1380	10	9	—	—	94	99	—	—	4	1	—	2	1387	153	3346	174	3449	
Oder	13./6.	2251	37	1	2	1	261	275	8	—	3	3	—	1	2263	225	4463	195	4386	
Osterrhein-Thüringen	5./6.	2296	31	3	1	—	167	138	4	—	5	2	4	3	2342	191	2978	228	5161	
Ostpreußen	14./6.	731	10	1	—	—	19	27	2	—	—	3	—	—	730	64	1104	64	1247	
Posen	14./6.	471	8	1	—	—	40	42	2	—	2	2	—	1	471	51	1037	50	1053	
Rheinland-Westfalen	12./6.	7758	70	33	6	3	335	334	19	1	14	58	3	14	7762	659	13400	845	15927	
An der Saale	24./5.	3047	35	10	—	—	164	205	5	1	5	6	2	1	3031	436	7898	312	6406	
Schlesien	10./6.	2609	18	6	2	—	260	265	7	—	6	5	4	2	2606	320	7120	239	5971	
Schleswig-Holstein	13./5.	949	19	2	1	—	74	57	1	—	2	3	—	1	981	72	1129	74	1761	
Westpreußen	12./6.	544	9	2	1	—	31	23	3	—	—	1	—	2	559	79	1826	60	1212	
Württemberg	28./4.	3545	19	6	2	—	102	130	2	—	11	8	5	6	3512	305	8050	541	11899	
Summa		67120	706	166	40	21	3008	3152	162	11	128	227	69	88	67223*	8335	213604	7023	156044	

\* Die Bewegungstafel der sich auf der Reise befindlichen (hier nicht eingerechneten) Mitglieder siehe „Korr.“ Nr. 29, 39 und 55 von 1913. — Am Schlusse des 1. Quartals 1913 verblieben auf der Reise 170 Mitglieder, der Gesamtmitgliedsstand betrug demnach am 31. März 1913: 67393.

**Auszug aus den Protokollen der Vorstandssitzungen im ersten Quartale 1913.**  
 1. § 2-Unterstützung. Für 17 Mitglieder im Gau Berlin, 3 Mitglieder im Gau Dresden, 1 Mitglied im Gau Frankfurt-Hessen, 1 Mitglied im Gau Leipzig, 1 Mitglied im Gau Mittelrhein, 4 Mitglieder im Gau Nordwest, 1 Mitglied im Osterrhein, 1 Mitglied im Gau Schlesien, 2 Mitglieder im Gau Westpreußen (zusammen 31 Mitglieder), die infolge Tarifdifferenzen die Kondition verloren, bewilligte der Vorstand die Unterstützung nach § 2 der Beschlüsse b bzw. eine einmalige Abreisunterstützung.  
 2. Umzugskosten. Einen Beitrag zu den Kosten ihres Umzugs erhielten im Gau Bayern 16, Berlin 15, Dresden 8, Essaß-Volbringen 2, Erzgebirge-Bogland 9, Frankfurt-Hessen 5, Hamburg-Altona 3, Hannover 11, Leipzig 10, Mecklenburg-Rübeck 5, Mittelrhein 16, Nordwest 11, Oberrhein 13, Oder 13, Osterrhein-Thüringen 13, Ostpreußen 4, Posen 5, Rheinland-Westfalen 47, An der Saale 20, Schlesien 23, Schleswig-Holstein 5, Westpreußen 6, Württemberg 12, zusammen 272 Mitglieder.  
 3. Krankenunterstützung. Wegen Vergehens gegen

